Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 10. | Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro 3gespalt. Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover, Sonnabend, 13. Mai 1905.

Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Burgstraße 9. Verantwortlicher Redakteur: August Brey, Hannover, Burgstraße 9, I. Druck von Dörnke & Löber, Hannover.

14. Jahrg.

Ergebnisse der Stichwahlen zum Gewerkschaftskongreß.

Im ersten Wahlkreise beteiligten sich 13 Zahlstellen an der Wahl. Es wurden abgegeben 687 gültige Stimmen. Davon erhielten Lementzow-Hamburg 201, Bestmann-Elmshorn 486 Stimmen.

Gewählt Kollege Bestmann-Elmshorn.

Im zweiten Wahlkreise beteiligten sich 15 Zahlstellen. Gültige Stimmen wurden abgegeben 1678. Davon erhielten Martens-Harburg 1043 und Stille-Bergedorf 635 Stimmen.

Gewählt Kollege Martens-Harburg.

Im achten Wahlkreise beteiligten sich 49 Zahlstellen. Gültige Stimmen wurden abgegeben 2701. Davon erhielten Eifer-Frankfurt 1406 und Knöchel-Offenbach 1295 Stimmen.

Gewählt Kollege Eifer-Frankfurt.

Bedrohung der Lebenshaltung.

Die nun vorliegenden neuen Handelsverträge können keinen Zweifel darüber lassen, daß die Lebenshaltung weiter Kreise der Arbeiterschaft ernsthaft bedroht ist. Aus dem Lager der Unternehmer mehren sich nun die Stimmen, die eine schwere Schädigung vieler verarbeitender Industrien als unabwendbar kund geben. Das Lamentieren kann nun nichts mehr helfen, Opfer müssen gebracht werden, — und irgend eine Schulter wird damit belastet.

Fast durchweg haben die Vertragsstaaten, als Vergeltung der von Deutschland auf Kommando der preußischen Junker vorgenommenen Erhöhung der Zollsätze auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, ihrerseits die Eingangszölle auf industrielle deutsche Produkte erhöht. Dadurch werden so ziemlich alle Industrien in ihrer Exportmöglichkeit stark beeinträchtigt. Teilweise erhebliche Zollerhöhungen zu tragen haben sowohl die Eisenverarbeitung wie die Metallwaren-Industrie, die chemische Industrie sowohl als die Textil- und Papierwarenfabriken. Als besonders ungünstig für die deutsche Verarbeitungsindustrie muß der Handelsvertrag mit Rußland bezeichnet werden. Zur Illustration sei nur ein Beispiel angeführt: Der deutsche Eingangszoll auf Quebrachoholz ist von 0,50 auf 2 Mk. pro 100 Kilogramm erhöht worden. Der russische Eingangszoll auf Rauchwaren erfuhr eine Erhöhung von 40,50 Rubel auf 50 Rubel pro Pud, und von 1,05 auf 2,70 Rubel pro Pfund stieg der Zoll für Lederwaren.

Das Quebrachoholz ist für die Lederindustrie unentbehrlich; Schälungen in Deutschland können den Bedarf nicht decken, abgesehen von den qualitativen Mängeln des heimischen Produktes. Der Lederindustrie wird also zunächst die Produktion verteuert durch Verteuerung des benötigten Rohproduktes, dann wird ihr nochmals der Export erschwert, indem die deutsche Agrarierpolitik ihr auch die Ausfuhr nach dem Auslande erschwert. Das ist — ausgleichende Gerechtigkeit! Die neuen Handelsverträge bieten für dergleichen Unstimmigkeiten Beispiele für die verschiedenen Produktionszweige.

In einzelnen Fällen wird es ja gelingen, durch Ausschaltung der für die Produktion ungünstigen Artikel, durch Forcierung von Spezialitäten, durch Verbesserung der technischen Einrichtungen 2c. einen Ausgleich für die neue Belastung der Erzeugung zu finden. Die Ausschaltung einer Anzahl Artikel ist für die deutsche Volkswirtschaft aber auf jeden Fall eine bedauerliche Schädigung; alle die angeführten Mittel werden aber nicht hinreichen, die stärkere Belastung ganz wett zu machen. Wer wird den Schaden decken? Daß das Unternehmertum, daß das Kapital freiwillig sich den Profit, die Dividenden, nicht beschneiden läßt, bedarf keines ausholenden Nachweises, keiner eidesstattlichen Versicherung. Der antisoziale Geist, die überall zutage tretende skrupellose Gewinnsucht, der hartnäckige Kampf gegen die Arbeiterschaft, Lohnreißerei 2c. sind nach dieser Richtung vollgültige, entscheidende Belege. Es bleibt da für die Unternehmer nur noch ein Ausweg, die Zollast von sich selbst abzuwälzen, das ist die Bebürdung der Arbeiterschultern mit dem Mißwachs junkerlicher Zollpolitik. Und sicher werden die Unternehmer es nicht an heißem Bemühen fehlen lassen, für die Langmut und Indifferenz des deutschen Arbeiters mit der erwähnten Belastungsprobe zu quittieren. Erfahrungsgemäß sind es aber gerade die sogen. Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen, denen das Unternehmertum in bezug auf Lohndruck die größten Zumutungen stellt.

Das hat zweifachen Grund! Einmal liegt es im Interesse eines jeden Unternehmers sich einen Stamm von Berufsarbeitern zu sichern; der Wechsel mit eingearbeiteten Handwerkern in der Spezialfabrikation ist immer mit Verlust verbunden, bei den Spezialarbeitern ist das Angebot nicht so stark als bei den Hülfsarbeitern, und zweitens, die gelernten Arbeiter sind meist viel, viel mehr als die Hülfsarbeiter dazu übergegangen, sich durch Selbsthülfe, das heißt durch gewerkschaftliche Organisation vor den Uebergriffen des Unternehmertums zu schützen. Es werden daher auch die schlecht bezahltesten Arbeiter und Arbeiterinnen sein, die in allererster Linie und am drückendsten durch die Zollpolitik als Produzent geschädigt werden, wenn sie sich nicht aufraffen und durch stramme Organisation sich auf den Kampf mit dem Kapital rüsten. Sentimentalitäten gibt es bekanntlich in der Politik nicht und im kapitalistischen Lexikon fehlt die Begriffsbestimmung für solche Gefühle; im eisernen Wirtschaftsgetriebe, im Kampfe um materielle Interessen entscheidet die Macht, andere Imponderabilien als Rüstzeug sind fruchtlos. Der Schwache unterliegt, er bezahlt die Kriegskosten. Auf dem Grabe des Besiegten tanzt der Sieger den Cancan des nackten Ichinteresses. Das sollen die Hülfsarbeiter einsehen und darnach sich einrichten. Bitten und Betteln hilft nicht; was der einzelne erlangen oder erhalten will, muß er in ernsten Kämpfen erstreiten.

Bis jetzt haben wir aber nur erst die eine Seite der Medaille betrachtet. Die Frucht der Vergewaltigung der Reichstagsminderheit — und der Verfassung — in der denkwürdigen Dezembernacht 1902 ist für die Arbeiterschaft ein wahres Schreckenskind. Nicht nur die Gefahr, als Produzenten geschädigt zu werden, ist für die Arbeiter heraufbeschworen, ganz unabwendbar ist eine Schädigung als Konsumenten. Wie schon bemerkt, sind die deutschen Eingangszölle auf Produkte der Landwirtschaft durchweg erhöht worden. Um den Betrag dieser Steigerungen werden auch die Preise der Lebens- und Genußmittel steigen. So ist beispielsweise mit einer Preissteigerung für Fleisch von 5—10 Pf. pro Kilogramm bestimmt zu rechnen. Die Lebenshaltung wird erheblich teurer. Aber auch ohne Lohneinbuße bringen die neuen Handelsverträge eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Lohnarbeiterschaft. Da die stetig steigende Produktivität der Arbeiterschaft aber nicht nur das Recht gibt, Verschlechterungen abzuwehren, ihr vielmehr die Pflicht aufnötigt, sowohl aus Eigeninteresse, wie auch zur Stütze und Weiterentwickelung der Gesamtkultur die Lebensbedürfnisse zu steigern, steht sich der Lohnarbeiter vor schwere Aufgaben gestellt. Das industrielle sowohl wie das feudale Ausbeutertum macht die gewaltigsten Anstrengungen, den Arbeitern in den im Schoße der nächsten Zukunft der Geburt entgegenreifenden Kämpfen jede Siegchance zu erschweren. Bedeutungsvolle Anzeichen liegen dafür bereits vor. Das Ziel ist die Einschnürung der proletarischen Bewegungsfreiheit bis zur vollendeten Ohnmacht der Lohnsklaven. Das Junkertum unternahm wiederholt Attentate auf die Freizügigkeit. In dem Eifer, auf diesem Wege den Arbeitern die Waffe der Gegenwehr aus der Hand zu schlagen, scheut man sich nicht einmal vor einem Verfassungsbruch, wie der Versuch, im Abgeordnetenhause ein Kontraktbruchgesetz für ländliche Arbeiter durchzudrücken, eklatant zeigte. Dies Gesetz bezweckte nicht mehr und nicht weniger, als in anderer Form die mittelalterliche Hörigkeit wieder einzuführen.

Und die industriellen Plusmacher sind nicht minder attentatslustig gegenüber den kümmerlichen Volksrechten und -Freiheiten, als die mit ihnen in Punkto Arbeiterfeindlichkeit seelenverwandten Junker. Die Unternehmerpresse begnügt sich nicht mit maßlosen gehässigen Angriffen auf jedes sozialpolitische Vorwärtsstreben, man will nicht nur das sozialpolitische Geleis sperren, man ist sogar eifrig bestrebt, mit scharfem Konterdampf zu fahren, einen tüchtigen Rückschritt zu machen. Wessen die Arbeiterschaft sich zu versehen hat, das muß dem Beschränktesten das reaktionäre Monstrum, das man jetzt aus dem neuesten, mit so vielem sozialem Pomp angekündigten Bergarbeiterschutz destilliert hat, klar machen. Aus dem Schutz ist tatsächlich ein Trutz geworden. Nach der ersten Lesung der Novelle war von den wenigen darin enthaltenen Reformen kaum noch eine Spur vom Schein eines Arbeiterschutzes enthalten; damit nicht genug, der Mißwachs sollte auch noch in eine Zuchthauszwangsjacke gesteckt werden. Die Kommission, an welche der Entwurf verwiesen wurde, will sogen. Arbeitswilligenschutz-Bestimmungen hineinflicken und Minister Möller gab der Erwartung Ausdruck, es möge gelingen, den Arbeiterschutz auf solche Weise zu schmücken, — ohne mit der Verfassung in Konflikt zu geraten. Der „gute" Wille, den Arbeitern Steine statt Brot zu geben, ist da, man sucht nur noch nach Mittel und Wegen, das Schelmenstückchen auszuführen.

Wie die Novelle schließlich aussehen wird, ob es gelingt, Zuchthausparagraphen hineinzubringen, läßt sich jetzt noch nicht bestimmt sagen, so viel aber ist sicher: mit der Hoffnung auf irgend welche ins Gewicht fallende Reformen sind die Bergarbeiter betrogen und jeder Arbeiter muß erkannt haben, daß für ihn Staatsbürgerrechte und materielle Interessen in Gefahr sind. Will er dieser Gefahr begegnen, darf er nicht tatenlos, in stiller Ergebenheit zuschauen, er muß zum Kampfe, zur Gegenwehr rüsten, er muß als Staatsbürger und als Arbeiter selbst für die Verteidigung seiner Interessen eintreten und dazu gehört: Beitritt und Agitation für seine gewerkschaftliche Organisation.

Schließt die Reihen, der Feind rüstet zum Kampf!

W. D.

Verrat der Arbeiter durch den Gewerkverein.

Sonnabend, den 22. April, kam die überraschende Nachricht, daß der Streik der Schuhmacher in Weißenfels beendet sei, bedingungslos aufgegeben, obwohl die Lage der Fabrikanten so unhaltbar geworden war, daß sie in weniger als vierzehn Tagen den Tarifvertrag, um den der Kampf geführt wurde, hätten anerkennen müssen. Noch am Mittwoch, den 19. April, hatte der Fabrikant Liebmann den Tarif unterzeichnet und 70 bis 80 Arbeitskräfte von der Kommission verlangt. Und noch am Donnerstag, den 20. April, hatte Fabrikant Blasig, einer der einflußreichsten Unternehmer, erklärt, es müsse ein Ende gemacht werden. Blasig wollte in Gegenwart behördlicher Vertreter mit Simon, Vorsitzenden des Schuhmacherverbandes, verhandeln. So nahe dem Siege, übten die Gewerkvereinsführer einen Verrat an den Arbeitern, der seinesgleichen an Kurzsichtigkeit und feiger Hinterlist kaum findet. Am Streik waren über 1500 Verbandsmitglieder und reichlich 500 Gewerkvereinler beteiligt. Die Streikforderungen wurden von beiden Organisationen gemeinsam aufgestellt und einmütig beschlossen, keine Organisation dürfe eigenmächtig die Taktik ändern oder mit den Unternehmern Verhandlungen anknüpfen. Nun gaben die Unternehmer schon in der vierten Streikwoche, also Mitte März, in der Lokalpresse bekannt, die Leitung des Gewerkvereins habe brieflich ersucht, die freigewordenen Verbändlerstellen durch Gewerkvereinler zu besetzen. Da jedoch die Gewerkvereinsführer dem Schreiben eine ganz harmlose Deutung gaben und der Verband annahm, die Unternehmer hätten durch die Veröffentlichung nur bezweckt, einen Keil in die Einigkeit beider Organisationen zu treiben, wurde der Notiz keine weitere Bedeutung beigelegt.

Bald darauf wurden einige Gewerkvereinler allerdings abtrünnig und traten in die Fabrik von Kühn wieder ein, der sogar fünf anderen Streikbrechern kündigte, um Platz für die verlorenen und wiedergefundenen Hirsche zu schaffen. — Da die Gerüchte, die Kasse der Hirsch-Dunckerschen sei erschöpft und sie werde Zahlungen an ihre Streikenden einstellen, nicht verschwinden wollten, nahm Genosse Rudolf Weise, der Geschäftsführer des Weißenfelser Verbandes, in der Sitzung der Tarifkommission am Donnerstag, den 13. April, Gelegenheit, dem anwesenden Herrn Kehl vom Berliner Hauptvorstand des Gewerkvereins aufs Leder zu knien. In der Sitzung war beschlossen worden, den Nicht-Unterstützungsberechtigten 1 Mark wöchentlich zuzulegen. Nachdem der Situationsbericht eingehend erstattet war, fragte Weise Herrn Kehl, ob dieser nun befriedigt sei. Kehl erwiderte: „Jawohl, ich sehe ein, daß der Kampf nicht übers Knie abgebrochen werden kann. Nächsten Mittwoch, 19. April, ist wieder Geld da." In Bekräftigung dieser bestimmten Erklärung versicherte der Vorsitzende der Weißenfelser Gewerkvereinler, Herr König, noch am Tage darauf, also am 14. April, in einer Versammlung: „Die Gerüchte, es gebe kein Geld mehr vom Gewerkverein, sind unwahr. Wer das behauptet, soll gerichtlich belangt werden." Das letztere war zwar Unsinn; aber die Worte mußten doch als entschiedenstes Dementi gelten. Auch Herr Kehl versicherte in der Versammlung nochmals: „Nächsten Mittwoch ist Geld da!"

Als nun der Mittwoch (19. April) kam, traf zwar von Berlin ein Brief ein, aber kein Geld. Die beiden Hauptvorstandsmitglieder des Gewerkvereins aus Berlin, Kehl und Winter, waren heimgefahren. Sie schrieben kurz, es gebe kein Geld mehr. Sofort setzten sich die beiden Vorstandsmitglieder der Weißenfelser Gewerkvereinler, König und Koch, auf die Bahn und fuhren nach Berlin. Sie kamen mit leeren Händen zurück. Winter hatte ihnen auf ihre dringenden Vorstellungen spöttisch geantwortet: „Nehmt doch die Ziegel von unserem Gewerkvereinshause mit." So boten die Führer des Gewerkvereins ihren eigenen Leuten im buchstäblichen Sinne als

Ostergabe Steine statt Brot, trotz ihrer wenige Tage vorher gegebenen bestimmtesten Erklärungen. Winter hatte seinerzeit persönlich für den schon erwähnten Beschluß gesprochen und bestimmt, es dürfe keine Aenderung in der Taktik einseitig vorgenommen werden ohne Beschluß der Tarifkommission.

Die Fabrikanten waren schon Tage lang vorher unterrichtet, daß es am Donnerstag bei den Gewerkvereinlern kein Geld mehr geben würde. Das war ihr letzter Hoffnungsanker. Brach dieser, so stand die Anerkennung des Tarifs in unmittelbarster Nähe.

So wurde den Gewerk-Vereinlern am Donnerstag, den 20. April, wo sie ihre Streikunterstützung erhalten sollten, mitgeteilt, das Geld sei alle. Auch der Verband habe keine eigenen Mittel mehr, nur ständen diesem noch andere Quellen zur Verfügung. Dabei wußten die Leiter in Berlin ganz genau, daß der Verband noch weit über hunderttausend Mark an eigenen Mitteln besaß. — Zum Verrat und zur Doppelzüngigkeit fügten die Herren also noch die Lüge. — Das ganze schändliche Spiel hatte einen Teil der Gewerk-Vereinler so demoralisiert, daß sie noch vor offizieller Bekanntgabe über das Versagen weiterer Unterstützung die bis dahin geübte Solidarität verleugneten und nach den Fabriken liefen. Damit waren die Kadres, die neun Wochen in rühmlicher Festigkeit im Feuer gestanden hatten, zersprengt, und es war nichts mehr gut zu machen. Der Verband allein konnte die Schlacht nicht mehr halten.

Am Sonnabend, den 22. April, fand vormittags 9 Uhr die Versammlung der Streikenden statt. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde das Vorgehen der Gewerkvereins-Leitung als Verrat an der Arbeitersache bezeichnet und der Uebertritt zum Verband jedem Gewerkvereinler zur Pflicht gemacht, da sich der Gewerkverein auch diesmal wieder zur Führung großer wirtschaftlicher Kämpfe unfähig erwiesen habe.

Die Fabrikanten sind durch die Berliner Oberhirsche aus schwerer Not befreit worden. Mögen sie es ihnen danken. In der Geschichte der Streikbewegung wird das Verhalten der Berliner Gewerkvereins-Führer für alle Zeiten eins der häßlichsten Blätter bilden.

Rentable Unternehmergewinne.

Die Aktiengesellschaft für Glasindustrie (vorm. Siemens), Dresden, erzielte im Jahre 1904 einen Reingewinn von 1 533 124 Mark. Die Aktionäre bekommen demnach für ihre aufreibende Arbeit 1 400 000 Mark = 14 Prozent Dividende. Der Aufsichtsrat erhält für seine mühselige Arbeit eine Extragratifikation von 63 901 Mark, die Beamten, damit sie auch etwas haben, 15 000 Mark, und dem Beamtenpensionsfonds fließen 15 000 Mark zu. — Arbeiter brauchen — wie es scheint — keine Pension, sie erhalten demnach nichts. Der Rest von 39 223 Mark wird auf neue Rechnung vorgetragen. Man sieht daraus, daß das Geschäft ganz angenehme Einkünfte abwirft — für die Aktionäre. Den Arbeitern möchten wir aber folgendes Exempel vorlegen und dieses mögen sie sich genau einprägen. Nehmen wir einmal an, daß in den Siemenswerken 2500 Personen beschäftigt sind — die genauen Zahlen liegen nicht vor — (aber die Zahl von 2500 wird ungefähr stimmen. D. B.) und der von ihnen erarbeitete Reingewinn würde an sie verteilt, so würde jeder der 2500 im Durchschnitt reichlich 600 Mark (1 500 000 Mark Reingewinn geteilt durch 2500 = 600 Mark) am Schlusse des Geschäftsjahres außer seinem wirklichen Verdienst erhalten müssen. Das wäre jedenfalls eine ganz annehmbare Gratifikation für die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Eichebachschen Werke in Dresden und Radeberg hatten im Geschäftsjahre 1904 einen Reingewinn von 749 167 Mk. Die Aktionäre erhalten 11 Prozent Dividende oder das Sümmchen von 330 000 Mk., nebenbei pro Genußschein noch 30 Mk. (180 000 Mk.). An Abschreibungen sind für 129 791 Mk. vorgenommen worden. Dem Beamten- und Arbeiterfonds sind 20 000 Mk. zugeflossen, dessen Verwendung und Gestaltung aber nur der Fabrikleitung zusteht. Auf neue Rechnung wurden 89 376 Mk. übertragen.

Der Betrieb der Sächsischen Kartonnagen-Maschinen-Aktien-Gesellschaft ist im Jahre 1904 auch sehr rentabel gewesen. Die Aktionäre bekommen 10 Prozent Dividende und dazu noch pro Genußschein 50 Mk. Im vorigen Jahre erhielten sie nur 8½ Prozent. Demnach scheinen die Arbeitskräfte, speziell weibliche, die beschäftigt werden, fleißiger, ergiebiger oder billiger gewesen zu sein.

Soziale Rundschau.

— **Unternehmer-Terrorismus.** Ein drastisches Schlaglicht auf die Praktiken der Unternehmer, mißliebige Arbeiter brotlos zu machen, wirft folgender Vorfall: Der Ziegelstreicher B. war bei dem Ziegeleibesitzer Profé zu Lehnin in Arbeit getreten und hatte ihm auf dessen Anfrage auch gesagt, daß er auch den Sommer über bei ihm zu bleiben gedenke, wenn er sich nicht etwa anderweitig im Lohn verbessern könne. Nun wurde dem Arbeiter aber eine bessere Entlohnung bei dem Ziegeleibesitzer Schulze, ebenfalls zu Lehnin, geboten. B. nahm daher seine Entlassung, die ihm in voriger Woche auch ordnungsgemäß bescheinigt wurde. Gleich darauf richtete der erste Arbeitgeber an den zweiten folgendes Schreiben:

> Streicher B. (Schwiegersohn von . . . .) ist heute abgegangen; hat sich schon im Winter verpflichtet, bei mir zu streichen. Darf nicht angenommen werden.
>
> Profé.

Tatsächlich wurde der Arbeiter denn auch wieder entlassen. Nach dem Schriftstück zu urteilen, scheint unter den Ziegeleibesitzern eine Abmachung zu bestehen, Arbeiter, die ihre Stellung eher wechseln, als es ihren Arbeitgebern lieb ist, regelrecht auszusperren. Die Ziegeleiarbeiter stehen unter der Gewerbe- und nicht unter der Gesindeordnung, können mithin auch nicht angehalten werden, sich kontraktlich auf längere Zeit an einen Arbeitgeber zu binden. Für den Herrn Profé hätte es übrigens ein Mittel gegeben, das nicht gegen Moral und Sitte verstieß, nichts brutales an sich hatte und den Arbeiter doch veranlaßt hätte, im Betrieb zu bleiben. Dies Mittel war Besserung der Arbeitsbedingungen.

— Der „Arbeitsmarkt" schildert die Lage im Zementgewerbe folgendermaßen: Die auffallend hohen Kurse der Zementaktien gingen einesteils mit der allgemeinen Besserung der geschäftlichen Lage zusammen, anderenteils sind sie eine Folge der Beendigung des Zementkrieges, der einen territorialen Zusammenschluß der Zementfabriken zur Folge gehabt hat. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Kurse rascher gestiegen sind, als es der Erholung des Zementgewerbes im vergangenen und laufenden Jahre entspricht. Die finanziellen Ergebnisse sind durchschnittlich noch keineswegs so günstig, wie es nach den hohen Kursen der Zementaktien erscheinen könnte. Betrug doch für 23 Gesellschaften, deren Werte an der Berliner Börse gehandelt werden und die zusammen mit einem Aktienkapital von rund 59 Millionen Mark arbeiten, die Dividende im Jahre 1904 nur 4,8 Prozent. Im Jahre 1903 hatte die Dividende 4,6 Prozent betragen. Die Steigerung im vergangenen Jahre ist zwar an sich erfreulich, aber die absolute Höhe der durchschnittlichen Dividende verrät doch noch immer die Nachwehen der letzten Krise. Eine ganze Reihe von Betrieben war auch für das Vorjahr nicht in der Lage, überhaupt Dividende zu verteilen, viele Betriebe arbeiteten sogar mit Verlust. Nach der Höhe der Dividenden sind die 23 Betriebe wie folgt zu gruppieren. Es verteilten:

	Dividende in Prozent	
	1903	1904
0	10	8
1—5	6	3
6—10	6	11
11—15	1	1

Die ungünstige Rentabilität erklärt sich dadurch, daß trotz etwas besserer Verkaufspreise die Zementfabriken noch lange nicht in der Lage sind, voll zu arbeiten, sondern mehr oder weniger starke Betriebseinschränkungen durchführen müssen. Auch im laufenden Jahre ist noch mit Erzeugungseinschränkungen zu rechnen; beim rheinisch-westfälischen Zementsyndikat z. B. ist eine Einschränkung von mindestens 60 Proz. in Aussicht genommen. Der Versand bei diesem einen Verband war in den beiden ersten Monaten des laufenden Jahres geringer als in den beiden Vorjahren. Freilich ist die Geschäftslage nicht in allen Syndikatsgebieten gleich ungünstig wie in Rheinland-Westfalen. In Süddeutschland und Schlesien ist die Spannung zwischen Erzeugungsfähigkeit und Absatz bedeutend geringer, so daß dementsprechend auch die Aussichten für das laufende Jahr günstiger lauten. Wenn man davon absieht, daß die volle Leistungsfähigkeit der Zementwerke nicht weit über den Bedarf hinausgeht, so darf doch immerhin im laufenden Jahre mit einer erheblichen Zunahme des Verbrauchs gerechnet werden. Die rege Bautätigkeit übt schon jetzt einen belebenden Einfluß auf die Umsätze in Zement aus und dürfte den Rückgang des Absatzes in den beiden ersten Monaten, der hauptsächlich durch starke Deckungskäufe im Dezember veranlaßt war, sehr bald wieder ausgleichen.

Auch der Absatz im Auslande zeigt im laufenden Jahre eine ganz erhebliche Steigerung. In den Monaten Januar und Februar exportierten wir 796 673 Doppelzentner Zement gegen nur 564 622 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ausfuhr steigerte sich vor allem nach Belgien und den Niederlanden, nach Spanien, China, nach den mittel- und südamerikanischen Ländern, sowie nach Australien. Ungemein hat sich das Geschäft mit China belebt. Der Export stellte sich in den ersten beiden Monaten 1905 auf 97 610 Doppelzentner gegen 24 895 im Vorjahre. Fast ebenso stark ist die Exportsteigerung nach Belgien. Die Ausfuhr stieg von 21- auf 68 000 Doppelzentner, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß auch die Einfuhr Belgiens ganz bedeutend, nämlich von 584 auf 16 481 Doppelzentner, gestiegen ist. Andererseits zeigen freilich solche Länder, die früher in erster Linie für den Export von deutschem Zement in Betracht kamen, eine fortgesetzte und auffallende Abnahme ihrer Bezüge aus Deutschland. Zu diesen Ländern gehören Großbritannien, die Schweiz, Südafrika und namentlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nach letzteren exportierten wir in den ersten beiden Monaten des Jahres 1903 noch 252 000 in der entsprechenden Zeit des laufenden Jahres dagegen nur noch 80 000 Doppelzentner.

Vom sozialen Kampfplatze.

— **Nach Wandsbek ist Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen aller Branchen strengstens fernzuhalten!**

— **Weil sie am 1. Mai gefeiert,** sind 25 Kollegen, die in Leipzig bei der Gummifabrik von Zieger u. Wiegand beschäftigt waren, entlassen worden. Die Kollegen hatten die Forderung, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, der Firma unterbreitet. Diese sagte auch zu unter der Bemerkung, daß am 1. und 2. Mai den Betrieb störende Reparaturen vorgenommen werden sollten. Die Kollegen waren damit einverstanden, bei späterer Vornahme der Reparaturen hätten sie auch zwei Tage feiern müssen. Am 29. April kurz vor Feierabend wurde plötzlich die Mitteilung gemacht, daß die Reparaturen nicht vorgenommen, folglich auch nicht der 1. Mai freigegeben würde. Das empörte die Kollegen und sie beschlossen, zu feiern. Am 2. Mai erhielten sie ihre Entlassung. — Das Verhalten der Firma fordert zur schärfsten Kritik heraus. Wollte sie nicht, daß die Arbeiter feiern, dann hätte sie das von vornherein sagen müssen. Durch ihr Verhalten erweckt sie den Verdacht, sie habe die Arbeiter, die alle organisiert waren und mit Erfolg verschiedentlich Lohnherabsetzungen abwehrten, absichtlich in eine Falle gelockt, um sich mit einem Schlage aller organisierten Kollegen entledigen zu können. Durch ein solches Verhalten steigt das Ansehen der Firma gewiß nicht.

— **In Kiel** sind die Differenzen mit dem Warenhaus W. Jakobsen noch nicht erledigt. Die Arbeiterschaft von Kiel hat das Warenhaus boykottiert. Herr Jakobsen meinte zwar: „Die Weiber kaufen doch bei mir", aber die Kieler Arbeiterfrauen werden dem Herrn den Beweis liefern, daß er sich irrt.

— **München.** Eine Lohnbewegung haben die in Bretterlagern beschäftigten Kollegen durchgekämpft. Die Bewegung schloß mit einer Lohnerhöhung von 2—3 Pf. die Stunde ab. Die Arbeitszeit wurde um eine Stunde pro Woche verkürzt. Einen Lohntarif wollten die Unternehmer mit der Organisation nicht abschließen; sie verhandelten mit einer von den Kollegen ernannten Kommission. Es sind ungefähr 150 Personen, für welche die Verbesserungen in Kraft treten. Von der Erkämpfung eines Tarifes wurde mit Rücksicht auf die anderen örtlichen Lohnkämpfe Abstand genommen.

— **München.** Zwischen der Firma Bayerische Kunststeinwerke einerseits und dem Verbande der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Ortsverwaltung München) andererseits wurde folgender Tarifvertrag vereinbart:

Der Anfangslohn für volljährige Arbeiter beträgt 36 Pf. pro Stunde.

Nach dreimonatlicher Tätigkeit bei den Betonstampfern und nach viermonatlicher Tätigkeit bei Hilfsarbeitern 38 Pf. pro Stunde.

Betonarbeiter erhalten nach angemessener Zeit 40 Pf. pro Stunde.

Bei Neueinstellung von Tagelöhnern und Betonstampfern werden erst die bislang bei der Firma Bayer. Kunststeinwerke beschäftigt gewesenen und im Monat April ausgestellten Leute engagiert.

Bei Arbeiten auf Bauten außerhalb des Werkes werden ab 1. Mai 1905 4 Pf. pro Stunde Bauzulage gewährt.

Ueberstunden gelten abends von 6½ Uhr ab und werden 1½fach bezahlt.

Maßregelungen finden nicht statt.

Die Organisation wird anerkannt.

Der Vertrag wird mit der unterfertigten Organisation auf ein Jahr bei einmonatlicher Kündigung abgeschlossen.

— **In Pfungstadt** sind seit Dienstag, den 25. April, 17 Kollegen und 19 Kolleginnen, die auf Zündholzfabriken arbeiteten, in den Ausstand getreten. Sie mußten zu diesem Mittel greifen, weil die Fabrikanten alle in Güte gemachten Vorschläge zur Aufbesserung der Lohnverhältnisse kurzweg ablehnten. Die Kollegen verhalten sich sehr standhaft.

— **Auf der Maschinenbauanstalt** in Lübeck, wo 467 Personen einschließlich der Lehrlinge beschäftigt sind, haben sämtliche Arbeiter eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde erhalten. Für Ueberstunden von 6—8 Uhr abends werden 25 Prozent, für die Nachtschicht von 6—8 Uhr morgens 20 Prozent, für Abend- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Aufschlag bezahlt.

— **In der Ziegelei von Zechel u. Hensel in Döhlen** (Plauenscher Grund) erreichten unsere Mitglieder nach kurzem Konflikt die Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf. pro Stunde. In Betracht kommen ca. 60 Arbeiter und 10 Arbeiterinnen.

— **In Glückstadt** haben die Bauarbeiter nach eintägigem Streik für Stein- und Kalktragen einen Stundenlohn von 42 Pf. zugebilligt erhalten. Der Lohn für die übrigen Arbeiter beträgt 40 Pf. Die auf dem Reedereibetrieb der Firma Gehlsen beschäftigten Kollegen haben auch eine Lohnaufbesserung errungen. Sie hatten bislang einen Lohn von 33 Pf. die Stunde, für Ueberstunden wurden 35 Pf. bezahlt. Die Arbeiter forderten 35 Pf. Stundenlohn und 40 Pf. für Ueberstunden. Gewährt sind 34 Pf. Stundenlohn und 38 Pf. für Ueberstunden. Seit dem Jahre 1898, seit welchem die Organisation hier Fuß faßte, ist der Arbeitslohn bei Gehlsen von 3 Mk. bei 11stündiger Arbeitszeit auf 3,40 Mk. bei 10stündiger Arbeitszeit erhöht worden. Diese Besserung in den Arbeitsverhältnissen ist ohne Streik, ja, selbst ohne Maßregelung, also ohne vorübergehende Lohneinbuße errungen worden.

— **In Charlottenburg** ist dieser Tarif zwischen der Firma C. W. Kaiser u. Ko. einerseits und dem Arbeiterausschuß und dem ersten Bevollmächtigten August Pohl der Zahlstelle Charlottenburgs andererseits vereinbart und beschlossen:

1. Zehnstündige Arbeitszeit. Die Arbeit beginnt morgens 6 Uhr und endet abends 6 Uhr.
2. Der Anfangsstundenlohn für sämtliche Hofarbeiter beträgt vom 1. Mai 1905 ab 35 Pf. pro Stunde (bisher 30 Pf.).
3. Der Tarif ist rückwirkend auf 10 Jahre und zwar so, wer zum 1. Mai 1905 zwei Jahre in dem Betriebe beschäftigt ist, erhält sofort 36 Pf. pro Stunde, bei 4 Jahren 37 Pf., bei 6 Jahren 38 Pf., bei 8 Jahren 39 Pf. und bei 10 Jahren 40 Pf. pro Stunde. Dasselbe gilt für die neu anfangenden Arbeiter.
4. Die Arbeiter an den Flamm- und Bleiöfen erhalten sofort 40 Pf. pro Stunde.
5. Ueberstunden werden mit 5 Pf. Aufschlag bezahlt.
6. Die gesetzlich festgelegten Feiertage und Sonntage werden mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt, wenn in dringenden Fällen gearbeitet werden muß.
7. Anerkennung des Arbeiterausschusses durch ein Regulativ, welches von beiden Seiten anerkannt ist.

Der Tarif tritt mit dem 1. Mai 1905 in Kraft und gilt bis zum 1. Mai 1906.

— **In der Ziegelei** der Firma Schöller, Marschwitz, ist zwischen der Direktion und den dort beschäftigten Arbeitern folgende Vereinbarung getroffen worden:

I.

Der tägliche Lohn beträgt während der Kampagne:

a) für erwachsene männliche Arbeiter 2,70 Mk. (bisher 2,60 Mk.);
b) für weibliche Arbeiter 1,65 Mk. (bisher 1,55 Mk.);
c) für jüngere männliche Arbeiter 2,35 Mk. (bisher 2,20 Mk.);
d) für das Ziegeleinsetzen erhalten die betreffenden Setzer pro Mann 23 Pf. für das Tausend (bisher 22 Pf.).

II.

Im Winter ist in der kürzesten Arbeitszeit ein Lohn von 2 Mk. pro Tag zu gewähren (bisher 1,90 Mk.).

Die Arbeiter verpflichten sich, wenn sie durch Verhältnisse gezwungen von der Arbeit fern bleiben müssen, sich entweder vorher oder durch Boten zu entschuldigen. Ferner sich während der Arbeit des Genusses geistiger Getränke zu enthalten und die notwendigen Ueberstunden zu verrichten, welche mit 28 Pf. (bisher 25 Pf.) vergütet werden.

Es ist ein Ausschuß zu wählen, welcher bei sich einstellenden Differenzen mit der Direktion unterhandelt.

Maßregelungen dürfen nicht vorkommen.

Die Arbeiter, welche jetzt schon die höheren Löhne erhalten, bekommen auch eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Tag. Der Tarif hat auf ein Jahr Gültigkeit. Auch für die Bauarbeiter ist, wenn nicht direkt, so indirekt eine Erhöhung des Lohnes erzielt. Obwohl die Bauunternehmer ein Verhandeln mit uns ablehnten, geben sie fast durchweg jetzt 2 Pf. pro Stunde mehr. Das ist nur dem Einfluß der Organisation zu danken.

— **In Kostheim** kam nach zweitägigem Streik folgender Tarif zustande:

1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, mit den üblichen Frühstücks- und Vesperpausen, also 10 Stunden, so lange es die Jahreszeit gestattet. Die Arbeitszeit im Winter darf jedoch nicht unter 8 Stunden betragen.
2. Ueberstunden sollen nur zulässig sein in dringenden Fällen und sind mit 10 Proz. Aufschlag zu bezahlen.
3. Sonntags- und Nachtarbeit ist mit 20 Prozent Aufschlag zu vergüten.
4. Wasserarbeiten sind nach gegenseitiger Vereinbarung mit Meister und Arbeitern zu bezahlen, ausgeschlossen sind Hausentwässerungen. Bei Arbeiten, die von Kostheimer Maurermeistern in den Orten von Mainz, Kastell, Hochheim und Gustavsburg ausgeführt werden, ist der Lohnsatz wie in Kostheim maßgebend; weiter entfernt liegende Arbeiten sind nach gegenseitiger Vereinbarung mit Meister und Arbeitern zu vergüten.
5. Akkordarbeit darf nur stattfinden, wenn der Stundenlohn von 38 Pf. mindestens bezahlt wird und in Ausnahmefällen.
6. An den Vorabenden von Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 4 Uhr Feierabend.

7. Ein Stundenlohn für Arbeiter von 38 Pf., für junge Leute, Invaliden und Altersschwache nach Vereinbarung.

8. An sämtlichen Bauten soll ein Verbandskasten mit Verbandszeug aufbewahrt werden.

9. Die neuen Vorschriften der Baupolizei sollen vollständig durchgeführt werden. Dazu wird noch folgendes bestimmt: An allen Bauten ist für Aborte zu sorgen, sowie für Unterkunftsräume für Arbeiter und Räume zum Aufbewahren der Werkzeuge. Die Räume für Arbeiter und Werkzeuge sind getrennt zu halten.

10. Freigabe des 1. Mai.

11. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation oder Maßregelungen von Kollegen, welche sich mit Arbeiten für die Organisation befassen, dürfen nicht stattfinden.

12. Obengenannte Forderungen treten am 2. Mai in Kraft und dauern bis zum 1. Juni 1906.

Für die vereinigten Maurermeister von Kostheim:
Valentin Sulz. Joh. Wann II. Andreas Wilhelm.
Jos. Volk II.

Für die Lohnkommission:
A. Mollmeier. Karl Wunderlich. Matth. Schneider.
Jos. Ziehler.

— **München.** Die Bewegung unserer Kollegen in den hiesigen Bretterlagern hat mit einem Siege derselben ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Die Arbeiter in den Bretterlagern sind schlecht bezahlt, sie werden mit 2,80 Mk. eingestellt, der höchste Tageslohn ist 3 Mk., und nur in ganz besonderen Ausnahmefällen bringen es Arbeiter zu Wochenlöhnen von 17—19 Mk., Sortierer bis 20 Mk. Was derartige Jammerlöhne im teueren München bedeuten, weiß jeder, der damit auskommen mußte. Dazu kommt, daß man bei den vielen Feiertagen im christlichen München und infolge der vielen Regentage nicht einmal auf die oben angegebenen Sätze rechnen darf. Daß unter solchen Umständen den Arbeitern endlich einmal die Geduld riß, ist wohl zu begreifen. Sie schlossen sich der Organisation an und die Folge war dann eine Forderung an die Arbeitgeber auf Einführung höherer Löhne und Verlängerung der Mittagspause. Die Herren Bretterlagerbesitzer wollten es anfangs gar nicht glauben, daß es nun auch bei ihren Leuten vorwärts gehen sollte, der eine gab 10 Pf. pro Tag Zulage, ein anderer erklärte, „wer nicht zufrieden ist, kann gehen", und ein Platzmeister, der offenbar seine Unentbehrlichkeit beweisen wollte, an die aber verschiedene Arbeiter nicht mehr recht glauben, erklärte, er und sein Hund würden mit den Streikposten schon fertig, wenn gestreikt wird. Man suchte auf alle mögliche Weise die Arbeiter von der Organisation abzuhalten, riet ihnen, sie möchten sich einen Bretterlagerarbeiterverein gründen usw. Als alles nichts nützte, bequemte man sich endlich dazu, die Forderungen der Arbeiter zum größten Teil zu bewilligen. Eine niedliche Rolle spielten bei der Bewegung unsere christlichen Brüder; zuerst ein schamloser Artikel gegen uns, der die Kollegen, soweit sie bei uns organisiert sind, ihren Arbeitgebern als „Sozi" denunzierte; dann, als dieses nichts fruchtete und die Bewegung nicht sprengen konnte, das Anerbieten, mit uns „Schulter an Schulter" zu kämpfen, was natürlich dankend zurückgewiesen wurde.

Polizeiliches und Gerichtliches.

— **Der Hülfskassierer M. Gleixner** der früheren Zahlstelle Neckargartach bei Heilbronn erhielt wegen Unterschlagung von 31,20 Mk. eine Zusatzstrafe von 14 Tagen Gefängnis zu 6 Monaten, mit welchen er wegen eines anderen Vergehens bestraft worden war.

Korrespondenzen.

Ammendorf. Am Freitag, den 21. April, tagte hier eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen. Frau Paula **Thiede** aus Berlin referierte über das Thema: „Frauenarbeit und Frauenorganisation". Sie legte an der Hand statistischen Materials dar, wie notwendig es ist, daß auch die Arbeiterinnen sich ihrer Lage bewußt werden und erkennen, daß nur in einer starken Organisation Schutz gegen die Willkür der Kapitalprotzen zu finden ist. Reicher Beifall lohnte die sehr guten Ausführungen der Referentin. Danach brachte Kollege Oertel Mißstände in hiesiger Papierfabrik zur Sprache. Dort erhalten die Arbeiterinnen 14 Pf. und Arbeiter 23 Pf. Stundenlohn. Einige Arbeiter wollten mit der Bitte um mehr Lohn an den Herrn Direktor herantreten, sie kamen aber gar nicht zum Bitten, sondern wurden gleich als Hetzer auf die Straße geworfen. Kollege Oertel betonte, daß da nur eine starke Organisation Abhülfe schaffen könne. Darauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Breslau. Donnerstag, den 20. April, tagte im „Gewerkschaftshause" eine öffentliche Versammlung von Fabrikarbeitern und -Arbeiterinnen, in der der Gauleiter Neuring-Dresden über das Thema: „Was droht der Arbeiterschaft?" sprach. Redner schilderte eingehend die Lage der in Fabriken beschäftigten Hülfskräfte und stellte die Frage, wie es kommt, daß diese Arbeiterkategorie noch so geringe, zum Lebensunterhalt einer Familie bei weitem nicht ausreichende Löhne beziehe und überhaupt schwere Arbeitsbedingungen habe? Die Antwort sei leicht zu finden. Die Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen haben es bisher nicht verstanden, daß der einzelne zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht das mindeste beitragen könne, und nur etwas durch festgefügten Zusammenschluß zu erreichen sei. Um so erfreulicher sei es jetzt, daß sie zu der Erkenntnis gekommen und anfangen, sich ihrer Klassenlage bewußt zu werden. Das sei aber auch die höchste Zeit. Das Unternehmertum rüstet sich, indem es allerhand Pläne gegen die organisierte Arbeiterschaft schmiedet, alle Lohnbewegungen, die auf Verbesserung der Existenzbedingungen hinzielen, unmöglich zu machen. Die Arbeiter, die es wagen, gegen die geheiligte Institution des Kapitals vorzugehen, sollen ausgesperrt, auf die Landstraße geworfen werden. Immer mehr konzentriert sich die Unternehmerschaft, um den Arbeiterorganisationen den Todesstoß zu versetzen, um ihren Herrenstandpunkt wieder zur vollen Geltung zu bringen. Das sei kein leerer Wahn, das sei Tatsache, deren die Arbeiterschaft sich voll und ganz bewußt werden müsse. Nur wenn die Arbeiter eine geschlossene Phalanx bilden, werden sie in der Lage sein, dem Vorgehen der Unternehmer einen Damm entgegenzusetzen. Und darum soll und muß ein jeder sich der Organisation anschließen, der sich Arbeiter nennt, der sich und die Seinen lieb hat. Den Ausführungen folgte reicher Beifall. In der Aussprache klagte ein alter Arbeiter über das Los der Arbeiter, die Zeit ihres Lebens gefrondet, ihre Kraft und Gesundheit im Dienste der Gesellschaft eingebüßt haben. Nirgends finden sie ein Unterkommen. Der Unkenruf „zu alt" begleitet sie auf allen ihren Wegen. Darum lege er es den jungen Kollegen ans Herz, beizeiten dafür zu sorgen, daß ihre Kräfte nicht zu zeitig verbraucht werden. Besserer Lohn und kürzere Arbeitszeit, das sei der Preis, um den sie ringen sollen. Kollege Joppich brachte einige Einzelheiten der Verhältnisse in hiesigen Fabriken vor. Insbesondere kritisierte er die Arbeitsbedingungen in der Metallwarenfabrik auf der Anderssenstraße, in der schlechte Löhne gezahlt, aber dagegen das Prämiensystem eingeführt sei, wodurch die Verhältnisse noch schlechter werden. Die weiblichen Arbeiter in dieser Fabrik erhalten einen Stundenlohn von etwa 11 Pf., die männlichen 20 Pf. Auch in der chemischen Industrie wie in den Spritfabriken stünden die Löhne der Hülfsarbeiter gar niedrig. In der gedachten Metallwarenfabrik haben die Arbeiterinnen jetzt 8 Tage Osterferien erhalten, so brachte es eine Arbeiterin vor, gewiß ein schöner Akt, wenn ihnen nur der Lohn für die Ferien nicht verloren gehen möchte, aber leider ist dies der Fall. In einer Resolution erkennt die Versammlung die Schädigungen an und verpflichtete sich ein jeder, mit aller Energie für Erstarkung des Verbandes beizutragen.

Flensburg. Die Flensburger Schiffswerft hat den von der Gesamtarbeiterschaft eingereichten Tarif rundweg abgelehnt. Die Direktion will nur mit den Vertrauensleuten der einzelnen Branchen verhandeln und Verbesserungen bloß einführen, soweit solche möglich seien. Daß die Werftleitung es darauf abgesehen hat, die Arbeiter zum äußersten zu treiben, und daß sie mitten im wirtschaftlichen Frieden schon zum Krieg gerüstet hat, geht aus einem den Arbeitern in die Hände gefallenen „vertraulichen" Zirkular hervor, daß an auswärtige Arbeitgeber gerichtet ist und in dem diese aufgefordert werden, keinen Arbeiter einzustellen, der mit einem nach dem 11. April datierten Entlassungsschein der Werft versehen wegen Arbeit vorspricht. Das Schreiben wird durch die Mitteilung eingeleitet, daß „die Arbeiter verschiedener Kategorien der Werft mit unerfüllbaren Forderungen bezüglich Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit usw. an uns heranzutreten beschlossen haben". Das Schreiben ist datiert vom 14. April, die Arbeiter aber haben ihre Tarifvorschläge erst am 25. April eingereicht. Die Werftleitung wußte also nahezu zwei Wochen vorher, ehe die Arbeiter ihre Forderungen formuliert hatten, daß diese Forderungen unerfüllbar seien, und sie riskiert es, auf diese Vermutung hin Arbeiter, die vollständig ordnungsgemäß ihre Entlassung nahmen, ökonomisch zu proskribieren! Stärkere Leistungen rücksichtslosesten Arbeitgeberterrorismus sind wohl noch selten vorgekommen. Ferner hat die Werftdirektion den Flensburger Arbeitgeberverband veranlaßt, schleunigst den Schleifstein in Bewegung zu setzen und seinerseits seine Mitglieder und „sämtliche Arbeitgeber" durch öffentliche Annoncen aufzufordern, „in nächster Zeit keine Arbeiter ohne Vorzeigung eines Entlassungsscheines oder Arbeitszeugnisses einzustellen", eine Aufforderung, die natürlich erst durch jenes vertrauliche Zirkular der Werftdirektion in ihrer ganzen Perfidität verständlich wird.

Ludwigshafen. Am 14. März reichten die Arbeiter der Medizinbetriebe bei Knoll u. Ko. einen Lohntarif ein, durch den der seitherige Entlohnungsmodus (teilweise in Gestalt von Geschenken, als Fahrgeld, Dienstalterszulage, Weihnachtsgeld, Feriengeld, Postenzulage usw., wodurch sich die Firma einerseits so schön von den höheren Beiträgen an die Berufsgenossenschaft drücken kann, andererseits die Arbeiter hübsch im Zaune hat) beseitigt und dafür direkte Löhne bezahlt werden sollten. Durch den bayer. Ministerialerlaß vom 2. März d. J. sind ja auch die Gewerbe- und Fabrikinspektoren angewiesen worden, im Interesse eines guten Einvernehmens zwischen Arbeiter und Arbeitgeber auf das Zustandekommen von Tarifverträgen hinzuwirken, zugleich die Beseitigung des Prämiensystems nach Möglichkeit anzustreben. Die Arbeiter wollten keine Lohnerhöhung, nur eine gerechte Entlohnung, und sie gaben sich der irrigen Meinung hin, Herr Hans Knoll, der doch Vorsitzender des Nationalliberalen Vereins ist, würde soviel Liberalität besitzen, um diesen liberalen Forderungen nicht feindlich gegenüber zu stehen. Weit gefehlt. Jede Verhandlung, sowohl mit dem Organisationsleiter als auch mit einer aus der Arbeiterschaft gewählten Kommission, wurde abgelehnt. Nun übertrug man, um der Firma in jeder Weise entgegenzukommen, die Angelegenheit dem ständigen Fabrikausschuß, der sich auch bereit erklärte, den Auftrag der Versammelten zu vertreten, unter anderem auch, daß der Gauleiter hinzugezogen würde. Doch vor dem Chef fielen drei dieser Herren um. Sonnabend, den 18. März, am Revolutionstage, fand in der Fabrik eine sogenannte Versammlung statt, in der Herr Dr. Knoll den Ausschuß vorführte, mit ihm eine Verhandlung demonstrierte, wobei die Arbeiter als Zuhörer resp. Staffage dabei sein durften, jedoch hatten sie „nix to seggen". Hierbei leistete sich Herr Dr. Knoll, nachdem ihm von seiten eines Ausschußmitgliedes, das mit in den Ausstand trat, die niedrigen Löhne entgegengehalten wurden, den Ausspruch: „Nun, eure Frauen arbeiten ja mit, da geht es schon." Gewiß, es muß schon gehen, aber wie. Von der Notwendigkeit der Kindererziehung hat man anscheinend in diesen Kreisen keine Ahnung. Besagte Versammlung brachte eine tote Mißgeburt zur Welt. Nämlich nicht die seitherigen Arbeiter sollten etwas erhalten, sondern diejenigen, die erst kommen, sollen 20 Pf. mehr erhalten. Ein Lockmittel für Streikbrecher. Am 21. März reichten die Gistarbeiter ihre Kündigung ein. Darauf entließ die Fabrik auch die im Betrieb krank gewordenen Arbeiter. Wieder anderen, die mit der Kündigung gar nichts zu tun hatten, wurde der Krankengeld-Zuschuß entzogen. Verhandlungsangebote von seiten des Gauleiters als auch der Arbeiter wurden wieder abgelehnt. Der Gewerbeinspektor mußte unverrichter Sache wieder abziehen. Dem Gauleiter teilte die Firma mit, „daß sie alljährlich in einer Vollversammlung verkünde, daß die Fabrik bestrebt sei, ihren Stundenlohnsatz und sonstige Zuwendungen im Weiterschreiten auf der Stufe anderer hiesiger wohlwollend geleiteter Fabriken zu halten". Das ist billig. „Vorstehende Grundsätze — so meint die Firma weiter — sind nach ihrer Ueberzeugung auch bei strengster Prüfung einwandsfrei." Ei gewiß, aber von Grundsätzen kann kein Teufel leben. Dann meint die Firma, „der von den Arbeitern eingeschlagene Weg sei noch verfrüht, da die örtlichen Verhältnisse für die chemische Industrie auf seiten der Arbeitgeber noch gar nicht vorbereitet seien". Ergo müssen die Arbeiter warten, bis die Inhaber der Firma Knoll u. Ko. sich organisiert haben. Nach Ablauf der Kündigungsfrist, blieben von 37 Medizinarbeitern 5 stehen. Doch waren diese bedeutungslos, da sie nur die gewöhnlichsten Sachen zu machen hatten und machen konnten. Es muß bemerkt werden, daß die Leute mindestens ein Jahr im Betrieb sein müssen, um einigermaßen selbständig arbeiten zu können. Die besten Arbeiter für die geschützten und schwierigsten Arzneistoffe fehlten. Nun stellte Herr Dr. Knoll immer nur so viele Streikbrecher ein, als von den Ausständigen andermeit Arbeit hatten. Dabei suchte die Firma unablässig die unentbehrlichsten Arbeiter zum Abfall zu bewegen. Endlich Mittwoch, den 28. April, war es erreicht. Fünf Mann und zwar diejenigen, die durchgehends im Medizinalbetrieb Bescheid wußten, fielen ab. Nun erst konnten die Streikbrecher, die seither im Hofe beschäftigt wurden, angelernt werden. Der größte Teil dieser Ausreißer sind vermögende Leute aus den umliegenden Ortschaften. Wieder andere sind Gelegenheitsarbeiter, die auch beim hiesigen Kohlenarbeiterausstand den Streikbrecher markierten. Einer davon, ein Spezereihändler Heene, erklärte dem Gauleiter, als dieser bei ihm war, um ihn vom Streikbruch abzuhalten, er wolle Herrn Dr. Knoll sein Wort nicht brechen. Seinen gesamten Kollegen gegenüber tat er es ohne Bedenken. Alle Achtung. Erwähnt sei noch, daß eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt glatt abgelehnt wurde, trotzdem, oder vielleicht deshalb, weil Herr Knoll selbst Arbeitgeberbeisitzer ist. Nur einige will Herr Knoll wieder einstellen.

Ober-Schönweide. Eigenartige Zustände scheinen in der Chemischen Fabrik von Kuhnheim zu herrschen. Im Februar verlor in dem Betrieb ein Arbeiter das Leben. Der traurige Vorfall veranlaßte, daß die dort beschäftigten Kollegen sich etwas mehr mit ihrer Lage beschäftigten. Es wurde mehr für Aufklärung gesorgt, die doch nur zur Verhinderung solcher Ereignisse beitragen kann. Aber die, welche im Verdachte stehen, für Aufklärung einzutreten, finden nicht den Beifall der Betriebsleiter. Der Vertrauensmann unseres Verbandes muß wohl das Mißfallen der Fabrikgewaltigen erregt haben; sein Meister entließ ihn unter einem Aufwand von Kraftworten und in ganz außerordentlicher Erregung. Ein Vorstelligwerden beim Betriebsführer Dr. Leichmann hatte die Aufhebung der Entlassung nicht zur Folge. Der Arbeiterausschuß, welcher in der Angelegenheit vorstellig wurde, erhielt zur Antwort, daß der Entlassene bei der Arbeit gesungen und gepfiffen habe, seine Wiedereinstellung könne nicht mehr erfolgen. Die Räume zum Umkleiden sind Buden, die jeder Beschreibung spotten und mit einer zweckentsprechenden Garderobe wenig Aehnlichkeit haben. Die Waschnäpfe sind verbraucht und nur in ungenügender Anzahl vorhanden, so daß die Leute sich zum Waschen solcher Gefäße bedienen müssen, die zum Teerauspumpen und Gaswasser-Transportieren benutzt werden. Der Lohn ist bei 10stündiger Arbeitszeit 3 Mk. bis 3,50 Mk. Natürlich müssen auch Schichten von 24 und 36 Stunden gemacht werden. In einer öffentlichen Versammlung sprach Kollege Bennewitz über die Mißstände. Zu deren Beseitigung empfahl er den Anwesenden Anschluß an die Organisation. Eine Beleuchtung der sanitären Zustände wird durch den Bericht der Fabrikkrankenkasse gegeben. Danach war im Jahre 1904 der Stand der Arbeiter 615 und nicht weniger als 281 waren davon krank gewesen. Die Schutzvorrichtungen sind ungenügend. An Mitteln, den Betrieb unfallsicherer zu machen, fehlt es nicht, denn der Besitzer ist mehrfacher Millionär und der Betrieb wirft einen sich auf eine Million beziffernden Reingewinn ab. Der Arbeiterausschuß, der doch die Interessen der Arbeiter mit vertreten soll, versagt deshalb vollständig, weil er fast aus Vorgesetzten besteht. Daher kommt es wohl auch, daß alte Arbeiter lebhafte Klagen über die Behandlung führen, die ihnen von den Meistern widerfährt. Wäre der Arbeiterausschuß mehr als eine Scheindekoration, dann würde er wenigstens verhindern, daß alte Arbeiter durch die Meister unbillig behandelt werden. Den dort beschäftigten Arbeitern aber rufen wir zu: Organisiert euch, hinein in den Verband! Nur dann ist euch die Möglichkeit gegeben, gegen allzu große Ausnutzung und unwürdige Behandlung Front machen zu können.

Plauen. Eine gut besuchte Versammlung tagte Sonnabend, den 29. April, im Gewerkschaftshaus Schillergarten. Der 2. Bevollmächtigte legte die Abrechnung vor. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, und wurde dem 2. Bevollmächtigten Decharge erteilt. Hierauf referierte Kollege Adler über: „Die Aufgaben des nächsten Gewerkschaftskongresses." Redner erklärte zunächst die Entstehung der Generalkommission und die bis jetzt stattgefundenen Gewerkschaftskongresse. Der im Mai tagende Kongreß hätte ein reiches Arbeitsfeld vor sich. In der Agitation unter Arbeiterinnen und unter den fremdsprachlichen Arbeitern müßte mehr geschehen als bisher. Auch müßten alle organisierten Arbeiter dafür eintreten, daß das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber aufhöre, denn diese Arbeiter würden mehr ausgebeutet, als die im Beruf tätigen, die außerhalb des Hauses wohnen. Auch wären diese Arbeiter schwerer zu organisieren. Zum Generalstreik übergehend, bemerkte Redner, daß seiner Ansicht nach das Proletariat noch nicht aufgeklärt genug dazu sei, auch wäre es wohl verkehrt, dem Gegner unsere Taktik vorher anzuzeigen. In diesem Sinne würde der Kongreß wohl auch entscheiden. Auch zur Maifeier müßte Stellung genommen werden. Diese Halbheit müsse aufhören. Dadurch, daß man immer Versuche mache, die Maifeier abzuschaffen oder auf die Abende zu verlegen, würde man sich nur herabwürdigen. Redner streifte noch kurz das Genossenschaftswesen und die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle und schloß mit dem Wunsche, daß auch dieser Kongreß ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung werde. Dem Redner wurde reicher Beifall zuteil. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Plauen steht nach wie vor auf dem Beschluß des Amsterdamer Kongresses und des Parteitags in Bremen, wonach die würdigste Maifeier die vollständige Arbeitsruhe ist; sie fordert deshalb den Delegierten des 7. Wahlkreises, Kollegen Neuring, auf, auf dem Gewerkschaftskongreß dahin zu wirken, daß die Gewerkschaften mehr als bisher die Arbeitsruhe am 1. Mai anstreben." — Zur Maifeier 1905 referierte ebenfalls Kollege Adler. Er führte aus, die Maifeier sei nicht nur eine politische, sondern auch eine gewerkschaftliche Demonstration, indem wir für Arbeitszeitverkürzung und Arbeiterschutz demonstrierten. Die Arbeiter Plauens wüßten sich am 1. Mai eins mit dem Proletariat der ganzen Welt. Angesichts der schlechten Geschäftslage in Plauen müßten die Arbeiter leider von einer Tagesfeier Abstand nehmen, insbesondere unsere Kollegen. Im Verschiedenen ersuchte der Bevollmächtigte, jede Wohnungsveränderung sofort zu melden. Auch wurde die baldige Vornahme einer Hausagitation besprochen.

Schkeuditz. Der Streik bei J. Schäfer Söhne im Gerichtssaal. Angeklagt war der Kürschner Richard Geßner aus Gleisen, der am 20. März auf dem Wege nach Gleisen den nach Ausbruch des Streiks bei der Firma noch beschäftigten Arbeiter Kerl Züllich durch Drohungen bestimmt haben soll, die Arbeit einzustellen und am Streik teilzunehmen. Der amtsanwaltschaftliche Antrag lautete dahin, die Sache zur Entscheidung dem Landgericht in Halle zu überweisen, da in diesem Falle ein Vergehen gegen § 240 des R.-Str.-G. (widerrechtliche Nötigung durch Gewalt oder Bedrohung mit einem Vergehen zu einer Handlung, was mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bestraft wird) vorliege, wofür das Schöffengericht nicht zuständig sei. Der Verteidiger Geßners, Rechtsanwalt Eulenberg-Halle, plaidierte für Verwerfung dieses Antrages, zumal der Zeuge Züllich nicht einmal genau angeben könne, ob Geßner oder ein anderer die von ihm nur als Warnung aufgefaßten Worte zugerufen habe. Das Gericht schloß sich dem Antrag des Herrn Amtsanwalts an, da Geßner verdächtig sei, im Sinne des § 240 des R.-Str.-G. gehandelt zu haben. Im weiteren kam das Streikpostenstehen zur Verhandlung. Die hiesige Polizeiverwaltung erließ gegen acht Streikende Strafbefehle in Höhe von je 15 Mark, weil sie im März infolge des Schäferschen Streiks Streikposten gestanden haben, eine Handlungsweise, die von der Behörde als grober Unfug betrachtet wurde. Auf die hierauf von den Betroffenen eingelegte Berufung lehnte das Gericht den Erlaß von Strafbefehlen ab, weil das Streikpostenstehen an sich keine strafbare Handlungsweise sei. Die hiergegen von der Amtsanwaltschaft eingelegte Beschwerde beim Landgericht Halle hatte zur Folge, daß die Angelegenheit zur weiteren Verfolgung dem hiesigen Schöffengericht überwiesen wurde. In der Verhandlung bestreitet keiner der Angeklagten, Streikposten gestanden zu haben, doch konnte auch von anderer Seite der Beweis nicht erbracht werden, daß hierbei grober Unfug verübt worden sei. Nach längerer Verhandlung kam daher das Gericht zu dem Urteil, daß sämtliche 8 Beschuldigte von der Anklage der Verübung groben Unfugs freizusprechen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen seien. — Anders fiel das Urteil in ähnlicher Angelegenheit bei dem Arbeiter Max Weise von hier aus. Er soll am 29. März den Stellmacher Schellenberg und den Arbeiter Krüger durch Drohung und Beleidigung zu bestimmen versucht haben, bei der Firma J. Schäfer Söhne die Arbeit einzustellen und am Streik teilzunehmen. Weise gab dies wohl zu, doch wollte er mit seinen Worten keine Drohung ausgesprochen, sondern behufs Erlangung besserer Arbeitsverhältnisse nur einen Druck auf Sch. und K. haben ausüben wollen. Dem auf 6 Wochen Gefängnis lautenden Antrag trat auch das Gericht bei, indem es für dringend nötig erachtete, ein Exempel zu statuieren, um durch eine strenge Bestrafung anzudeuten, daß solche Sachen für die Zukunft zu unterbleiben haben.

Am 28. April tagte eine öffentliche Versammlung, die sich mit der Lage des Streiks befaßte. Man war der Meinung, daß, nachdem die Firma Schäfer alle Verhandlungen ablehnte, der Streik zu einer Machtfrage geworden sei. Es wurde berichtet, daß die Firma, trotzdem der eine Vertreter versicherte, den Betrieb nur in beschränktem Maße weiter zu führen, alles aufgestellt, um Arbeitswillige zu bekommen. Die paar Ausreißer, die sie gefunden, erfreuen sich einer Sorgfalt, wie sie die Firma sonst ihren Arbeitern nicht angedeihen läßt. Den Herren Arbeitswilligen wird sogar von der Firma das Obdach besorgt, sie liegen auf Stroh gebettet, mit Schlafdecken versehen, in den Fabrikräumen. Im Orte selbst findet sich niemand, der Streikbrecher beherbergen möchte. Während gegen die Streikenden Polizei und Staatsanwalt in Bewegung gesetzt werden, kann die Firma ungehindert durch ihre Briefschreibereien den Versuch machen, Streikbeteiligte, die irgend wo anders Arbeit gefunden haben, aus der Arbeit zu bringen. Sie hat damit aber wenig Glück. Es gibt unter den Arbeitgebern einsichtsvolle Leute, die auf die Angebereien pfeifen und die Streikenden weiter beschäftigen. In den 8 Wochen des Streiks haben die Streikenden in ihrer Mehrheit bewiesen, daß sie den aufgenommenen Kampf gemeinsam durchführen wollen. Ganze 8 Mann sind ihren Kollegen und ihrer eigenen Sache untreu geworden, und haben den Herren Schäfer sich zur Verfügung gestellt. Es sind dies die Herren E. Habelt, R. Auerbach, H. Rudolf, E. Bosadomsky, O. Wosack, H. Schulze und Sohn und Peters. Die Frau des letzteren hat die Erquickung der in der Fabrik Arbeitenden durch Speise und Trank übernommen. In einer Besprechung wurde in geheimer Abstimmung über die Fortdauer des Streiks abgestimmt. Einstimmig erklärten sich die Streikenden für Weiterführung des Streiks. Diese Einmütigkeit wird der Firma ein Beweis sein, daß sie sich zu einer anderen Stellungnahme bequemen muß, wenn sie darauf rechnet, von den Streikenden noch jemand zu erhalten. Daß die Unterstützung nach Ablauf der sechsten Woche auch nicht eingestellt wird, davon dürfte sie sich jetzt überzeugt haben. Die Streikenden sind jederzeit zu Verhandlungen bereit, nicht aber zur bedingungslosen Unterwerfung.

Stettin. Welche glänzenden Verhältnisse in den hiesigen umliegenden Fabriken vorhanden sind, ist zur Genüge bekannt, aber jetzt, wo die Aktionäre der einzelnen Fabriken ihre Dividendenernte halten, ist es unbedingt notwendig, dieselben einer näheren Prüfung zu unterziehen. Trotzdem man stets Klagen hörte über die ungünstige Konjunktur, haben es die Leiter der einzelnen Betriebe sehr gut verstanden, so viel heraus zu wirtschaften, daß die Dividenden nicht gekürzt wurden. So zahlt der „Vulkan" seinen Aktionären auch in diesem Jahre wieder 14 Prozent neben bedeutenden Abschreibungen und Gratifikationen für Beamte, damit diese noch mehr wie bisher aus den Knochen der Arbeiter herausschinden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie die Behandlung der Arbeiter sind schon wiederholt einer scharfen Kritik unterzogen. Bislang bemerkte man von Abhülfe keine Spur; im Gegenteil, die Löhne wurden bei einzelnen Arbeitern recht erheblich gekürzt. Es wurden ohne weiteres abgezogen von 2 bis 10 Pf. pro Stunde. Die Löhne sind hier überhaupt sehr glänzende, sie schwanken zwischen 23 und 40 Pf. pro Stunde. Selbstverständlich sind es nur sehr wenige, die etwas höhere Löhne haben. Die Akkordpreise werden immer mehr herabgesetzt. Die Behandlung wird am besten durch einige Vorfälle charakterisiert. Im vorigen Jahre wurde ein Arbeiter bei der Entlassung von seinem Meister von einer Treppe heruntergestoßen, so daß derselbe einen Arm brach; ein anderer Arbeiter, der jahrelang die Instandhaltung der Maschinen versehen, Reparaturen gewissenhaft gemacht hatte und der durch seine jahrelange Praxis jedenfalls (wie sich auch nachträglich herausstellte) besser Bescheid wußte wie der betr. Ingenieur, erhielt von diesem einen Stoß vor die Brust, daß er zurücktaumelte und auch gefallen wäre, wenn nicht zufällig ein Haltepunkt vorhanden gewesen wäre. In letzterer Zeit hat es auch ein dortiger Meister fertig gebracht, einen Arbeiter mit Titel zu belegen, sodaß der Arbeiter, der sich gröblichst beleidigt fühlte, gegen den Meister klagbar wurde, dieser in seiner Angst läuft zum Betriebsdirektor und teilt diesem den Vorfall mit, dieser läßt den Arbeiter sofort rufen und fährt ihn an mit den Worten: „Stänker" und „Hetzer", und erklärt ihm: „Hier bin ich Richter, scheren Sie sich raus und holen Sie sich Ihre Entlassung!" Wie der Arbeiter zu seinem Meister kam, war die Entlassung schon ausgeschrieben, sie lautete trotzdem „auf Wunsch entlassen". Es ist geradezu für die Arbeiter eines weltberühmten Werkes wie des „Vulkan" beschämend, wenn sie derartiges ruhig und ohne mit der Wimper zu zucken über sich ergehen lassen. Es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiter erwachen aus dem Schlaf der Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit und ihre Macht erkennen lernen. Noch viel schlechter sind die Verhältnisse auf den Zementfabriken. In Züllchow, wo die Leitung in den Händen eines liberalen Mannes liegt, werden Löhne gezahlt, daß man sich wundern muß, wie die Arbeiter damit auskommen können. Ein Arbeiter hatte bei 49stündiger Arbeitszeit in der Woche einen Verdienst von 10 Mark, in einer Woche mit 48 Stunden 12,22 Mk., in einer Woche mit 50½ Stunden 11,25 Mk., in einer Woche mit 60½ Stunden 13,50 Mk. Hiervon gehen ab die Beiträge für die Krankenkasse und für Alters- und Invalidenversicherung pro Woche mit 36 Pf. Im vergangenen Jahre konnten wir sogar berichten, daß eine Kolonne von 5 Arbeitern mit einem Stundenlohn von 18 Pf. entlohnt wurde, und das alles unter Leitung eines liberalen, also arbeiter„freundlichen" Mannes. Arbeiterfreundlich, weil er bei den Vergnügungen der Klimbimvereine seiner Arbeiter erscheint und dort ein Glas Bier spendiert und dann in schwungvollen Worten über „das gute" Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer redet. Die Arbeiter sind dann auch wirklich sehr zufrieden, und wenn dies noch nicht der Fall ist, dann erhalten sie im Herbst auch noch eine Gratifikation; im letzten Jahre betrug dieselbe 20 Mark. Aber auch noch in anderer Weise werden die Arbeiter hier für die langjährige Ausbeutung belohnt. Vor kurzer Zeit erhielt ein Arbeiter, welcher ein Menschenalter auf der Fabrik sich hat ausbeuten lassen und stets ein sehr zufriedener Arbeiter war, er hatte 40 Jahre dort gearbeitet, einen — Orden, außerdem vielleicht ein kleines Geschenk in bar. Wenn man die Arbeiter sich betrachtet, wie sie in der Blüte der Jahre, im besten Mannesalter durch die überaus anstrengende und ungesunde Arbeit dahinwelken, lauter abgehärmte Gestalten mit eingefallenen Wangen, dann muß man mitleidsvoll den Kopf schütteln. In diesem Betriebe werden 11 Stunden gearbeitet. Als eine Fabrikversammlung getagt hatte, um die Kollegen zum Anschluß an unsere Organisation zu veranlassen, da wurde flugs der Ausschuß berufen, um über die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit zu beraten. Der beste Beweis, daß man vor der Organisation Angst hat. Auch auf der Zementfabrik in Bodow herrschen ganz erbärmliche Zustände. Hier arbeiten zum größten Teil polnische Arbeiter aus Ostpreußen, diese sind noch anspruchsloser wie die hiesigen. Denjenigen Arbeitskollegen, auch den wankelmütigen Mitgliedern, die da stets sagen, das nutzt alles nichts, es wird nichts erreicht, rufen wir zu, daß es ihre Schuld ist, wenn nichts erreicht wurde. Daß es sehr wohl möglich ist, bessere Zustände zu schaffen, ist auch hier bewiesen auf den Odermerken „Fornet". Auch bei der Firma Golknow wurde aus Furcht vor der Organisation nach Abhaltung einer Betriebsversammlung die Wahl eines neuen Arbeiterausschusses vorgenommen und in sanfter Begleitung Mißstände beseitigt. In diesem Betriebe waren die Aborte Marterwerkzeuge. Die Sitzbretter waren schräg, so daß die Arbeiter dadurch gezwungen wurden, ihr notwendiges Bedürfnis in halb stehender Stellung zu verrichten. Der leitende Ingenieur von dem Arbeiterausschuß hierüber wegen Abhülfe angegangen, erklärte, er habe sie zur Bequemlichkeit der Arbeiter in dieser Weise anfertigen lassen. Es wurde aber Abhülfe geschaffen. Für die Arbeiter dieses Werkes ist es unbedingt notwendig, daß sie sich durch die Organisation mehr Aufklärung verschaffen und dafür sorgen, daß in Aemter, die von den Arbeitern zu besetzen sind, auch solche gewählt werden, die dafür sorgen, daß die von den Arbeitern zusammengebrachten Gelder zweckentsprechend verwandt werden. Hätten die Arbeiter sich ihre Kandidaten erst einmal angesehen, dann konnte es nicht vorkommen, daß bei Gründung der Betriebskrankenkasse die Abmeldung aus der Ortskrankenkasse unterblieb. Es gibt nur ein Mittel zur Abschaffung dieser elenden Zustände, und das ist der Zusammenschluß aller in der Organisation. Nur mit Hülfe dieser werden wir siegen.

Wandsbek. Zum Streik in der Kakaofabrik. Die von den Ausständigen gehegte Erwartung, daß nach Rückkehr des Direktors Neumann eine friedliche Lösung der Streitfragen möglich sein werde, ist völlig enttäuscht worden. Statt etwas Entgegenkommen zu zeigen, lehnte er nach berühmten Mustern es überhaupt ab, die Vertreter der Arbeiterschaft zu empfangen, und verschärfte die Situation durch den Versuch, die gewerkschaftlichen Organisationen aus dem Betriebe zu verbannen, obwohl gerade letztere alles aufgeboten haben, um die Sache auf gütlichem Wege zu regeln. Es ist notwendig, bei dieser Gelegenheit, einmal in Kürze zu zeigen, wie sich die Dinge entwickelt haben. Seit Bestehen der Fabrik war der Betriebsleitung jegliche Organisation ein Dorn im Auge. Am 16. Mai v. J. stellten 12 Arbeiterinnen wegen fortgesetzter Maßregelung wegen Verbandszugehörigkeit die Arbeit ein, wurden jedoch auf Intervention des Fabrikarbeiterverbandes wieder eingestellt. Bei dieser Gelegenheit wurde der Direktion auch eine Aufbesserung der Löhne nahegelegt. Dazu war sie sofort bereit; schon am 22. Mai wurde der Arbeiterschaft ein Lohntarif zur Unterschrift vorgelegt, in welchem — bei zehnstündiger Arbeitszeit die Löhne wie folgt festgesetzt wurden: Männer über 20 Jahre 25 Pf., nach einem Vierteljahr 30 Pf., nach einem Jahre 32½ Pf., nach zwei Jahren 35 Pf., nach fünf Jahren 37½ Pf., nach zehn Jahren 40 Pf. Frauen und Mädchen anfangs pro Stunde 12 Pf., nach sechs Wochen 13 Pf., nach ½ Jahr 14 Pf., nach 1 Jahr 15 Pf., nach 2½ Jahren 16 Pf., nach 4 Jahren 17 Pf., nach 5 Jahren 18 Pf., nach 10 Jahren 20 Pf. Das wies die Arbeiterschaft mit Entschiedenheit zurück, verweigerte auch die Unterschrift. Nun ward auf allerlei Art versucht, einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben. Ihren Vertrauensleuten wurde neben 2½ Pf. Zulage der „Vorarbeiter"-Titel verliehen. Einige kehrten denn auch törichterweise dem Verbande den Rücken; diejenigen, die sich nicht zu Handlangern gegen die eigenen Kollegen degradieren ließen, flogen bei passender Gelegenheit aufs Straßenpflaster. Leider lagen die Organisationsverhältnisse so im argen, daß man diesen Machenschaften gegenüber ohnmächtig war. Die Direktion hat tatsächlich den angedrohten Schlag gegen das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter ausgeführt und am 30. April 140 Personen entlassen. Damit hat sie offen bekundet, daß sie den Kampf bis aufs äußerste wünscht. Die Arbeiterschaft wird nunmehr natürlich nicht zögern, auch ihrerseits mit rücksichtsloser Schärfe vorzugehen. Sympathie besitzt die Fabrik nirgends. Man weiß, welch' unzulängliche Löhne dort gezahlt werden, und daß es sich um einen Betrieb handelt, der hervorragend geeignet ist, die Armenlasten der Kommune zu erhöhen.

Weißenfels. Am 17. April tagte unsere Mitgliederversammlung. Ueber Nutzen und Wert der Organisation sprach Kollege Schulze aus Leipzig, der in eingehender Weise Ursache, Bedeutung und Erfolge der Organisation klarlegte. Seine Ausführungen machten einen großen Eindruck auf die Anwesenden, jedoch bedauerte Referent, daß das Erscheinen der Mitglieder nicht zahlreich genug sei. In der Diskussion ermahnte Kollege Mündel die Mitglieder zur Agitation und betonte, daß noch viel zu wenig in der Papierfabrik von Dietrich agitiert werde, denn nur durch eine starke Organisation könnte auch hier einmal Remedur geschaffen werden.

Zwickau. Sonnabend, den 15. April, tagte eine Versammlung der Schneidemühlenarbeiter. Kollege Kimmig aus Dresden referierte über das Thema: „Wie werden die Schneidemühlenarbeiter bezahlt und behandelt." Redner schilderte die Lage der auf Schneidemühlen beschäftigten Kollegen, die ungenügende Bezahlung und die üblen Folgen, welche daraus für die Arbeiter erstehen, um dann die Leistungen des Verbandes eingehend zu würdigen. Es wurden 9 Neuaufnahmen gemacht. Am Sonntage darauf tagte eine öffentliche Fabrikarbeiterversammlung, in welcher derselbe Referent über die Zustände auf der Papierfabrik von Leonhardt u. Söhne in Crossen sprach. Er behandelte die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und schilderte die Behandlung, die sich die Arbeiter der Papierfabrik gefallen lassen müssen, besonders von dem Meister Jakisch.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 26. April folgende Beträge ein:

Herbach 88,36. Regensburg 33,10. Lauterbach 31,44. Seligenstadt 39,12. Greppin 91,68. Brunsbüttelkoog 80,86. Apenrade 37,24. Dellinghusen 49,69. Neustadt a. d. H. 155,—. Olvenstedt 132,66. Schönebeck 374,17. Kl.-Auheim 135,34. Bencha 218,40. G. Slomke 5,25. Borby 30,22. Dresden 247,46. Köslin 202,40. Kattowitz 200,—. Barmstedt 185,26. Anklam 144,80. Alzey 101,15. Mombach 62,83. Ried 217,73. Rensefeld 403,29. Pommerensdorf 300,—. Ragahn 32,15. Zörbig 30,20. Wanne 50,88. Weinböhla 2,50. Schwiebus 156,87. Ohrdruf 137,10. Nürnberg 100,—. Alfeld 48,81. Braunschweig 1601,10. Leipzig 600,—. Cöpenick 463,21. Langenfelde 376,68. Sonderburg 328,16. Kl.-Steinheim 217,50. Spandau 206,76. Oranienburg 192,61. Biernheim 108,12. Speyer 100,—. Parey 87,66. Kl.-Krotzenburg 55,56. Züllichau 53,56. Gonsenheim 49,16. Oederan 42,43. Hainhausen 39,92. Genthin 38,70. Husum 31,47. Schwerin 12,38. Lettin 6,24. Markranstädt 750,—. Sorch 72,40. Feuerbach 54,90. Hamburg 6776,10. Tangermünde 100,—. Marne 91,15. Eschershausen 84,24. Freising 17,89. Pasing 60,16. Obertürkheim 47,30. Aschersleben 283,98. Weisenau 103,87. Böckingen 9,43. Pommerensdorf 51,58. Kaiserslautern 100,—. Billwärder 50,10. Geisberg 24,48. Flensburg 300,—. Straßburg 134,23. Blankenburg 100,—. Jeßnitz 58,52. Eythra —,60. Neu-Isenburg 100,—. Breslau 64,46. Hannover 450,—. Wandsbek 954,37. Harburg 1606,09. Blauenscher Grund 1015,—. Elmshorn 300,—. Züllchow 256,38. Calbe a. S. 247,73. Radeberg 192,04. Caputh 118,80. Goswig (Anh.) 100,—. Wolgast 267,12. Brandis 420,—. Lübeck 800,—. Werder (Havel) 628,40. Bergedorf 608,42. Charlottenburg 400,—. Stade 208,52. Preetz 147,60. Neuhaldensleben 94,74. Pannsdorf 93,—. Horst i. H. 51,72. Lauf 9,50.

Schluß Dienstag, den 9. Mai, mittags 12 Uhr.

Berichtigung. In Nr. 9 muß es heißen: Stolzenhagen 101,76 (nicht Stettin); Gräfenhainichen 60,40 (nicht Albersweiler).

Der **Vorstand hat der Zahlstelle Rheinfelden** Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Mitglied und Woche erteilt. Die **Zahlstelle Magdeburg** hat Zustimmung erhalten, auch von Kolleginnen einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pf. zu erheben. Die **Zahlstelle Danzig** hat Zustimmung erhalten, von männlichen Mitgliedern 10 Pf., von weiblichen Mitgliedern 5 Pf. pro Monat, zu erheben.

Ausgeschlossen wurden in Kalk: Breetz, B. Nr. 24 662, wegen Streikbruchs; Kreutzberg, B. Nr. 24 649, wegen unmoralischen Verhaltens.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied Zimmermann, Zahlstelle Langenberg, wegen unsolidarischen Verhaltens.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

45 716, ausgestellt für Heinrich Krüger; 7725, ausgestellt am 1. 12. 04 in Spandau für G. Barchyta; 7757, ausgestellt für Kottlowski am 1. 12. 04; 7022, ausgestellt für Hermann Salamon am 15. 10. 1902.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Alzey. Reisegeschenk bei Philipp, Bregau Nr. 5.

Breslau. Fritz Joppich, Paradiesstraße 20, 3, Et.

Cöpenick. Karl Prüfer, Dorotheenstraße 18.

Fechenheim. Friedr. Herden, Taunusstraße 26.

Hanau. Das Reisegeschenk wird ausbezahlt im Gasthof „Zur Stadt Frankfurt".

Harzburg. Das Reisegeschenk zahlt Kollege August Schröder abends von 6½—8½ Uhr Kupferbach Nr. 8 c-e. Die Herberge ist Mittelsgasse Nr. 3.

Kolberg. Wilhelm Botratz, Domstraße 33, H. I.

Magdeburg. Geschäftsführer Otto Frenzel, Fabrikenstraße 6/7.

Memel. Luxnowitz, Weidendammstraße 5.

Nackel-Netze. Hermann Weyer, Vorstadt 218.

Reinfeld i. H. Fr. Kleinig, Heidekamp bei Reinfeld in Holstein.

Spandau. Karl Strehlke, Kurstraße 19, Hth., 2. Et.

Stolzenhagen. Bruno v. Kosidowski, Steinstr. 23.

Ueckermünde. Karl Börner, Feldstraße 1a. Reisegeschenk wird ausgezahlt abends 7—8 Uhr.

Biernheim. (Gau 7.) Math. Burgert, Lorscherstr. 46.

Weißenfels. Das Reisegeschenk wird ausbezahlt abends von 7—8 Uhr, Sonntags von 12—2 Uhr, bei Otto Macke, Deichstraße 16.

Züllichau. Reinh. Bußler, Schwiebuserstraße 46, 1. Et.

Briefkasten.

O.-Sch. Bei Schriftsätzen, die in Druck gegeben werden sollen, darf man das Papier nur auf einer Seite beschreiben. D. R.

Zahlstelle Badisch-Rheinfelden.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kassierer oder dessen Stellvertreter jeden Sonnabendabend von 6—7 Uhr in der Wirtschaft zum „Rheinkanal" Beiträge in Empfang nimmt. Auch nimmt Herr Auer, Wirt zum „Bilgerbräu", zu jeder Tageszeit Beiträge gegen Marken in Empfang. Das Auswechseln der Bibliothek-Bücher erfolgt auch jeden Sonnabend von 6—7 Uhr im „Rheinkanal".

3,— Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Bürgel a. Main.

Einladung

zu dem am 21. Mai stattfindenden

zehnjährigen Stiftungsfeste,

verbunden mit Konzert, Ball und Festrede. Die Festrede hält Kollege J. Streb-Offenbach. Die Kollegen werden ersucht, zu erscheinen.

Die Kollegen von auswärts werden an den Eingängen des Ortes von hiesigen Kollegen empfangen.

1,95 Mk.] Das Festkomitee.

Zahlstelle Friedland.

Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Sonnabend nach dem 1. eines jeden Monats statt. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Glauchau i. S.

Sonntag, den 21. Mai, von abends 7 Uhr an:

Stiftungsfest im Weißen Roß.

Die Kollegen und Kolleginnen werden hierzu freundlichst eingeladen. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

1,20 Mk.] Das Festkomitee.

Zahlstelle Heegermühle.

Die Mitgliederversammlungen tagen jeden zweiten Sonntag im Monat. [60 Pf.

Zahlstelle Köln-Ehrenfeld.

Unsere Mitgliederversammlungen tagen von Sonnabend, den 13. Mai ab alle Sonnabend abend bei Wilhelm Gassen, Philippstraße.

90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Magdeburg.

Laut Beschluß der letzten Versammlung haben die Mitglieder der Zahlstelle Magdeburg ab 1. Mai einen Extrabeitrag wöchentlich von 5 Pf. zu entrichten. Der Beitrag beträgt mithin für männliche Mitglieder 35 Pf. und für weibliche Mitglieder 25 Pf. Die Kollegen, welche auf Bauten beschäftigt sind, haben einen Extrabeitrag zu entrichten, welcher mindestens mit Verbandsbeiträgen und Extrabeiträgen dem Beitrag der Bauarbeiter gleichkommt.

1,75 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Nieder-Ingelheim.

Die Versammlungen tagen jeden letzten Sonnabend eines jeden Monats, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn August Schreikhardt.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. [90 Pf.

Zahlstelle Spandau.

Unsere regelmäßigen Versammlungen tagen vom 1. Juni bis Oktober jeden Sonntag nach dem 15. im Monat, vormittags 9 Uhr bei Böhle.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig.

1,10 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Tegel.

Am Himmelfahrtstage veranstaltet die Zahlstelle Tegel eine

Herrenpartie nach Rüdersdorf.

Sammelstelle bei Gelhaar, Berlinerstraße 92, morgens 7 Uhr. Abfahrt 7 Uhr 30 Min. mit der Straßenbahn. Nachzügler werden in Erkner erwartet.

NB. Die Adresse des 2. Bevollmächtigten ist Fritz Felsch, Brunowstraße 6, 3. Et. [1,75 Mk.